

Das ändert sich 2026



Der Industriestrompreis kommt, E-Autos bleiben steuerfrei und die Aktivrente wird eingeführt: 2026 treten einige Änderungen und Gesetze in Kraft. Ein Überblick über das, was im kommenden Jahr wichtig ist

VON HANNA ULSSENHEIMER UND ERICH WÖRISHOFER/ ILLUSTRATION: CHRISTIAN SOMMER

Einkommensteuer

Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer erhöht sich 2026 auf 12.348 Euro. Erst für Beträge, die darüber liegen, muss Einkommensteuer gezahlt werden. Daneben gilt der Spitzensteuersatz im kommenden Jahr ab einem Jahreseinkommen von 69.879 Euro. Das entspricht einer Verschiebung von 2,0 Prozent im Vergleich zu 2025. In Deutschland liegt der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent.

Pflege- und Krankenversicherung

Versicherte und Arbeitgeber müssen auch im kommenden Jahr mit höheren Kosten für die Kranken- und Pflegeversicherung rechnen. Den durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung veranschlagt die Bundesregierung auf 2,9 Prozent, aktuell liegt er bei 2,5 Prozent. Die Krankenkassen gehen aber von höheren Zusatzbeiträgen aus, um ihre Defizite zu decken. Auch die Beiträge der Privaten Krankenversicherungen steigen ab Januar 2026 deutlich. Die Branche rechnet mit einer durchschnittlichen Anpassung von etwa 13 Prozent.



Industriestrompreis

Die Bundesregierung will 2026 energieintensive Unternehmen entlasten – und hat sich auf einen vergünstigten Industriestrompreis von etwa fünf Cent pro Kilowattstunde geeinigt. Das Vorhaben eines staatlich subventionierten Industriestrompreises ist schon länger in der politischen Debatte. Nun stehen die Verhandlungen mit der EU-Kommission in den letzten Zügen. Da es sich um eine Beihilfe handelt, kann das Vorhaben ohne deren Zustimmung nicht umgesetzt werden.

Ausbildungsvergütung

Im kommenden Jahr steigt die Mindestausbildungsvergütung: Azubis, die 2026 in ihr erstes Lehrjahr starten, müssen von ihrem Arbeitgeber mindestens 724 Euro Bruttolohn gezahlt bekommen. Für Azubis im zweiten Lehrjahr gibt es mindestens 854 Euro, im dritten 977 Euro. In tarifgebundenen Ausbildungsbetrieben ist mindestens die im Tarifvertrag vereinbarte Vergütung zu zahlen.

Betriebsrente

Mit dem zweiten Betriebsrentenstärkungsgesetz soll die betriebliche Altersvorsorge (bAV) für deutlich mehr Beschäftigte zum Standard werden. Mehr Ertrag, mehr Nutzer, mehr Flexibilität hat sich die Regierung auf die Fahnen geschrieben. Für kleine und mittlere Betriebe soll es einfacher werden, den Beschäftigten eine bAV anzubieten. Zudem sollen sich damit vor allem Arbeiter mit geringem und mittlerem Einkommen eine zusätzliche Absicherung für das Alter aufbauen können. Etwa indem Mitarbeiter automatisch in die Betriebsrente aufgenommen werden, von steuerlichen Vergünstigungen profitieren oder das Sozialpartnermodell weiterentwickelt wird. Das Gesetz soll zum 1. Januar in Kraft treten, muss aber vom Bundesrat noch gebilligt werden.

Aktivrente

Zum 1. Januar plant die Bundesregierung den Startschuss zur Aktivrente. Wer das gesetzliche Rentennalter erreicht hat und weiterarbeitet, soll damit bis zu 2.000 Euro steuerfrei hinzuverdienen können. Sozialabgaben werden trotzdem fällig. Laut aktuellen Plänen gilt die Aktivrente jedoch nur für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Selbstständige, Minijobber und Menschen mit Mieteinkünften sind derzeit noch von der Aktivrente ausgeschlossen. Bis Jahresende bzw. bis zum tatsächlichen Start der neuen Regelung können sich Einzelheiten noch ändern.

Minijob-Grenze

Minijobber dürfen im kommenden Jahr mehr verdienen: Der gesetzliche Mindestlohn wurde für 2026 auf 13,90 Euro pro Stunde festgelegt. Mit ihm steigt ab dem 1. Januar die Minijob-Grenze. Wer einer nicht versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, darf künftig nicht mehr als 603 Euro pro Monat verdienen.



Führerschein-Umtausch

Bis Anfang 2026 müssen einige Jahrgänge ihre Führerscheine umtauschen. Das betrifft alle Kartenführerscheine, die zwischen 1999 und 2001 ausgestellt wurden. Dazu sollten sich Betroffene rechtzeitig an die Führerscheinstelle ihres Wohnortes wenden. Hintergrund ist eine Umtauschpflicht für alle Dokumente, die vor dem 19. Januar 2013 ausgestellt wurden. Alle Führerscheine in der EU sollen bis 2033 ein einheitliches und fälschungssicheres Scheckkartenformat haben. Die Umsetzung verläuft stufenweise. Eine andere Regelung gilt für Inhaber von Papierführerscheinen (grau oder rosa), die vor 1953 geboren wurden: Sie müssen ihr Dokument erst bis zum 19. Januar 2033 umtauschen.

Gewerbeabfallverordnung

Für Betriebe, Geschäfte und andere gewerblichen Einrichtungen herrschen andere Regeln als für private Haushalte in der Müllentsorgung. Diese legt die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) fest. Bereits für Juli 2025 sollte der nächste Schritt anstehen: die dritte Novelle der Gewerbeabfallverordnung. Doch sie ließ auf sich warten – und tut es noch. Die Verordnung ist im Bundesrat, wo die Länder über den Fortgang abstimmen. Doch sie konnten sich bislang nicht über eine gemeinsame Linie einig werden. Die Novelle soll mit dem verspäteten Start ab Juli 2026 gelten, wobei es auch weiterhin zu Verzögerungen kommen kann.

Digitaler Steuerbescheid

Für alle, die ihre Steuererklärung elektronisch abgeben, werden ab 2026 digitale Steuerbescheide zur Regel statt zur Ausnahme. Bisher musste dem digitalen Bescheid aktiv zugestimmt werden. Steuerzahler sollten dann aufmerksam ihre E-Mails beobachten. Hier werden sie informiert, sobald der Steuerbescheid abrufbar ist. Zu beachten ist dann die einmonatige Einspruchsfrist: Sie läuft ab dem vierten Tag nach der Bereitstellung eines Bescheids – also wenn die E-Mail im Postfach ist – und gilt auch, wenn der digitale Bescheid noch nicht geöffnet wurde. Auch die Zustellung in Papierform bleibt weiterhin möglich. Wer die Dokumente nicht digital abrufen will, muss der Änderung jedoch aktiv widersprechen.

EU-Entwaldungsverordnung

Die „Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten“ sollte bereits 2024 zahlreiche Handwerksbereiche einer umfassenden Dokumentationspflicht unterziehen. Der Geltungsbeginn ist nun verschoben worden. Für Kleinst- und Kleinbetriebe gilt die Regelung voraussichtlich ab dem 30. Dezember 2026. Für große und mittlere Unternehmen bleibt es beim 30. Dezember 2025. Für sie will die EU-Kommission eine Übergangsfrist von sechs Monaten einräumen.

Entgelttransparenzgesetz

Auf Basis einer EU-Richtlinie muss das deutsche Entgelttransparenzgesetz bis Juni 2026 angepasst werden. Viele der Vorgaben der EU sind im deutschen Entgelttransparenzgesetz bereits geregelt. Einige Bereiche muss der Gesetzgeber für Deutschland noch bearbeiten. Zum Beispiel müssen Arbeitgeber bereits im Bewerbungsprozess Angaben zum Einstiegsgehalt oder zu einer Gehaltsspanne machen. Sie müssen Angestellte jährlich über die Entgeltkriterien und -verfahren informieren und bei Ungleichheiten ebenfalls gemeinsame Verfahren installieren. Wenn eine Entgeltdiskriminierung vorliegt, liegt die Beweislast künftig beim Arbeitgeber. Welche exakten Pflichten und Rechte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Ende gelten und welche Neuerungen auf die Betriebe zukommen, hängt aber auch hier an der genauen Umsetzung der Regierung.

Weitere Änderungen sowie aktuelle Entscheidungen, die nach Redaktionsschluss getroffen werden, online unter www.dhz.net/aenderungen-2026

E-Auto

Reine Elektroautos werden ab kommendem Jahr von der Bundesregierung gesondert gefördert. Zum einen wurde die auslaufende Kfz-Steuerbefreiung um fünf Jahre verlängert. Für E-Autos, die bis Ende 2030 neu zugelassen oder umgerüstet werden, muss damit zehn Jahre lang keine Kfz-Steuer bezahlt werden. Zum anderen soll zum 1. Januar eine neue Kaufprämie für Elektroautos starten, um gezielt Haushalten mit kleinerem und mittlerem Einkommen den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität zu erleichtern. Gefördert werden ausschließlich Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 80.000 Euro im Jahr, diese Einkommensgrenze steigt je nach Kinderanzahl auf bis zu 90.000 Euro. Geplant ist ein Basiszuschuss von 3.000, der je nach Kinderanzahl und Haushaltseinkommen auf bis zu 5.000 Euro steigen kann. Auch für Plug-in-Hybride sind Förderungen geplant. In welcher Form, wird noch geklärt.



CO₂-Steuer

Die CO₂-Steuer steigt auch 2026 – aber moderater als in den vergangenen Jahren. Um die Bürger zu entlasten, hat die Bundesregierung beschlossen, die Preisentwertung zu bremsen. Ab kommendem Jahr bewegt sich der Preis für eine Tonne ausgestoßenes Kohlendioxid in einem Korridor zwischen 55 und 65 Euro. Damit dürften die Preise für Benzin, Diesel, Öl und Gas stabil bleiben oder nur dezent steigen. In Deutschland wurde die CO₂-Steuer eingeführt, um fossile Brennstoffe zu bepreisen und somit zur Verringerung der CO₂-Emissionen beizutragen und die internationalen Klimaziele zu erreichen.

Mehrwertsteuersenkung

Eine weitere Neuerung soll die Gastronomie entlasten: Dafür will die Bundesregierung ab 1. Januar die Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie von derzeit 19 auf sieben Prozent senken. Davon profitieren in erster Linie Restaurants, Bäckereien, Metzgereien, der Lebensmittel Einzelhandel, Catering-Anbieter und die Kita-, Schul- und Krankenhausverpflegung. Für Getränke gilt nach aktuellen Plänen weiterhin der bisherige Prozentsatz von 19 Prozent. Ob die Mehrwertsteuersenkung zum Start 2026 sicher kommt, steht erst gegen Ende des Jahres fest. Am 19. Dezember passiert das Vorhaben zum zweiten Mal den Bundesrat.

Neue Grundsicherung

Noch ist es nicht final beschlossen, aber die Regierungsparteien sind sich weitgehend einig: Aus dem Bürgergeld wird voraussichtlich ab 1. Juli das Grundsicherungsgeld. Mit der Namensänderung sollen auch diverse Änderungen einhergehen. Dabei müssen sich die (potenziellen) Empfänger auf drastisch verschärfte Sanktionen einstellen. Wer Termine versäumt oder Aufforderungen nicht nachkommt, kann deutlich schneller und auch härter bestraft werden als bislang. Geplant ist unter anderem der Wegfall von Schonfristen bei Vermögen und Wohnen. Und aus der Idee, im Bürgergeld die Menschen vorrangig zu qualifizieren und dann erst in Arbeit zu bringen, wird wieder der Vorrang der Vermittlung. Wann genau die Änderungen letztlich eingeführt werden, ist noch unklar. Die Regierung hatte zuletzt betont, dass es bis Mitte des Jahres dauern könnte.

